

Sanktionen gegen Russland: Norden vs. Süden

Joachim Becker

Zusammenfassung

In der Frage der westlichen Sanktionen gegen Russland ist es zu einer klaren Positionierung Nord vs. Süd gekommen. Der Beitrag arbeitet divergierende Visionen für die internationale Ordnung, unterschiedliche Konflikt Diagnosen und unterschiedliche Betroffenheiten der ökonomischen Nebeneffekte als wesentliche Faktoren für den Nord-Süd-Konflikt in der Sanktionsfrage heraus. Er macht auch deutlich, dass viele Regierungen des Globalen Südens – trotz Ablehnung der westlichen Sanktionspolitik gegenüber Russland – dem russischen Angriff auf die Ukraine kritisch gegenüberstehen und Initiativen zu einer De-Eskalation des Krieges vornehmlich vom Globalen Süden ausgegangen sind.

Einleitung

International hat der militärische Angriff Russland auf die Ukraine vom Februar 2022 international eine breite Verurteilung oder zumindest Kritik erfahren. Deutlich wurde das in den UNO-Abstimmungen. Bei der Abstimmung Anfang März 2022 verurteilten beispielsweise 141 Länder den russischen Angriff, eine erhebliche Gruppe von 35 Staaten (darunter wichtige Länder des Globalen Südens wie China, Indien, Südafrika) enthielt sich und einige, vor allem afrikanische Staaten, nahmen an der Abstimmung nicht teil. Nur eine Handvoll Länder (Belarus, Syrien, Nord-Korea und Eritrea) unterstützten Russland (Radvanyi 2023: 49 f.). Anders sieht es mit der politisch-praktischen Reaktion auf den Krieg aus. Angeführt von den USA haben die Länder des Globalen Nordens einerseits umfassende Waffenlieferungen an die Ukraine und andererseits eine massive Ausweitung ihrer bereits zuvor verhängten Sanktionen beschlossen. Beiden Maßnahmen haben sich die Länder des Globalen Südens fast ausnahmslos nicht angeschlossen. Die Sanktionsverhängung beschränkt sich im Wesentlichen auf die USA, Kanada, die EU-Länder, Japan, Südkorea, Singapur, Australien und Neuseeland, die etwa 19 % der Weltbevölkerung repräsentieren (Aubin 2022: 137, Radvanyi 2023: 51). Der Beitrag geht den Gründen für diesen Nord-Süd-Konflikt in der Sanktionsfrage nach. Hierbei konzentriert sich die Analyse auf drei Bereiche: die geopolitischen Visionen der verschiedenen Akteure, ihre Konfliktanalyse und die kollateralen Rückwirkungen auf ihre Ökonomien. Besonderes Gewicht wird hierbei auf die Sichtweisen aus dem globalen Süden gelegt.

Geopolitische Ziele und Visionen

Die Positionen zu Krieg und Sanktionen sind stark durch die Leitvorstellungen der internationalen Ordnung beeinflusst. Hier können drei Grundvisionen identifiziert werden: Unipolarität, Multipolarität mit dem Recht auf militärische Interventionen und Multipolarität in Verbindung mit friedlicher Koexistenz.

Unipolare Ordnung: Der US-Regierung geht es, wie Präsident Joe Biden im Vorwort zur National Security Strategy vom Oktober 2022 betont, darum, die „amerikanische Führung“ angesichts eines Ringens um die Gestalt der künftigen internationalen Ordnung zu bewahren (The White House 2022). Die dominante Stellung der USA in der internationalen Ordnung bringt Wirtschaftsinteressen handfeste Vorteile, wie an US-Normen angelehnte internationale Normierungen, die Privilegien einer internationalen Reservewährung und leichteren Zugang zu strategischen Rohstoffen. Das außenpolitische Establishment der USA sieht die dominante Position der USA unter Druck. So heißt es in einem Papier des Congressional Research Service vom März 2022, dass die „unipolare Situation“ nach dem Kollaps des staatssozialistischen Lagers bereits Vergangenheit sei und eine „Ära erneuerter Großmachtkonkurrenz“ begonnen habe (Congressional Research Service 2022: 28). Als ein zentrales strategisches Ziel sieht dieses Papier, „die Entstehung regionaler Hegemone in Eurasien zu verhindern“ (Congressional Research Service 2022: 4). Und die aus Sicht der USA besonders problematischen Herausforderer werden auch beim Namen genannt: Russland und China (Congressional Research Service 2022: 1, The White House 2022: 8). Hierbei sieht die US-Regierung Russland als „unmittelbare Bedrohung für das freie und offene internationale System“, China hingegen als „einzigen Konkurrenten, der sowohl die Absicht, der internationalen Ordnung eine neue Gestalt zu geben, als auch zunehmend die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht hat, diesem Ziel näher zu kommen“ (The White House 2022: 8). Eine Änderung der ungleichen internationalen Ordnung ist mithin für die US-Regierung ein Problem. Diskursiv sucht die US-Regierung ihren Führungsanspruch über den Kampf „Demokratie versus Autokratie“ zu legitimieren. Sich selbst sieht sie als Führungsmacht des demokratischen Lagers. Bei „Autokratien“ unterscheidet sie allerdings zwischen inakzeptablen Autokratien mit einer „revisionistischen Außenpolitik“ und „Nicht-Demokratien“, die sich zumindest an den US-Leitbildern einer globalen Ordnung orientieren (The White House 2022: 8). „Man kreierte“, hält Peter Wahl (2023: 31) fest, „also einfach zwei Sorten von Autokratie: die bösen in Moskau und Peking, und die nicht-revisionistischen, die nicht gegen die US-Hegemonie aufmucken. Sie sind im Lager des Wertewestens willkommen.“ Für die von ihnen angestrebte Form einer US-dominierten internationalen Ordnung nutzen die USA den Begriff einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ (vgl. Seifert 2022: 9 f.).

Bei den europäischen Ländern lassen sich im Hinblick auf die unipolaren US-Ansprüche leichte Nuancierungen erkennen. Einige von ihnen, wie Großbritannien, Polen oder die Baltischen Länder, unterstützen die unipolaren Ambitionen der USA ohne Vorbehalt. Andere europäische Länder haben, wie Frankreich, Deutschland oder Italien, mit wechselnder Intensität Ambitionen einer zumindest begrenzten Autonomie gezeigt. Im Zeichen des Krieges in der Ukraine haben sie sich sehr stark dem US-Primat unterworfen – und im Rahmen der Sanktionspolitik durch die verstärkte Orientierung auf US- bzw. US-iierte Energiequellen auch an strategischer Autonomie eingebüßt (vgl.

Soltz 2023: 55 f., Streeck 2023: 134 ff.). Im Verhältnis zu China treten Teile der deutschen Bundesregierung – auch angesichts der starken bundesdeutschen Konzerninteressen in China – für eine gemäßigtere Linie als Washington ein. Die deutsche Bundesregierung weist trotz allem, wie der Bundeskanzler Olaf Scholz unterstreicht, der USA als wichtigstem Verbündeten klar die Führungsrolle zu (vgl. FAZ 2023a: 1). Gemeinsames Interesse der westlichen Länder ist die Konservierung der bestehenden asymmetrischen internationalen Wirtschaftsordnung und ihres „weltwirtschaftlichen Regulierungsmonopol(s)“ (Seifert 2022: 12).

Auch wenn die US-Regierung und ihre engsten Verbündeten ihre globalen Ambitionen mit dem Begriff einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ belegen, so halten sie sich selbst *nicht* an die Grundregeln der UN-Charta und des Völkerrechts. Die USA und – in wechselnden Konstellationen – ihre Verbündeten haben seit den frühen 1990er Jahren mehrfach Angriffskriege geführt, die im Widerspruch zum Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen der UN-Charta und dem Völkerrecht stehen. Die Angriffskriege wurden gegen Staaten geführt, deren Regierungspolitik die USA und ihre Verbündeten als im Widerspruch zu ihren Interessen sahen. Besonders häufig waren Militärinterventionen im Nahen Osten, wo es um die Kontrolle zentraler Energieressourcen ging und missliebige Regierungen aufgrund ihrer hohen Exporteinnahmen kaum ökonomisch unter Druck gesetzt werden können. Besonders krasse Fälle waren hier die Kriege gegen den Irak (2003) und Libyen (2011). Zu der Gruppe von 40 Staaten, die am Angriff auf den Irak beteiligt waren, gehörte damals unter anderem auch die Ukraine. Die Interventionspolitik der Länder des globalen Nordens war nicht auf den Nahen Osten beschränkt. Völkerrechtswidrig war beispielsweise auch das NATO-Bombardement Jugoslawiens im Jahr 1999 (vgl. z.B. Herz/Summa 2023: 18 ff.). Die Vertreter einer US-zentrierten, Nord-dominierten internationalen Ordnung erheben zumindest für sich selbst den Anspruch, die bestehende Ordnung auch mit dem Mittel völkerrechtswidriger Angriffskriege zu zementieren.

Multipolare Ordnung mit militärischer Konfliktaustragung: Anders als die US-Regierung plädiert die russische Regierung für eine multipolare Ordnung und „wirklichen Multilateralismus“ (Lavrov 2023). In seinem jüngsten Artikel hebt der russische Außenminister Sergei Lavrov (2023: 104) die zentrale Rolle der UNO und der UNO-Charta hervor. Lavrov (2023: 109) bekennt sich darin auch zur UN Declaration on Principles of International Law aus dem Jahr 1970, welche die Respektierung der internationalen territorialen Integrität der Staaten festschreibt. Dann macht er allerdings die Einschränkung, das „Nazi-Regime in Kiew“ erfülle die darin enthaltene Bedingungen nicht, „da es keinesfalls als eine Regierung angesehen werden kann, welche die Bewohner der Territorien repräsentiert, die es ablehnten, die Ergebnisse des blutigen Putsches von 2014 zu akzeptieren, gegen welche die Putschisten einen Krieg führten.“ Damit hat die russische Regierung eine sehr eigenwillige Auslegung des internationalen Rechtes. Zudem sieht die jüngste außenpolitische Konzeption Russlands vom März 2023 auch als eine Variante eines möglichen Militäreinsatzes auch die Prävention von Angriffen auf Russland und/oder seine Verbündeten vor, wie Konkov (2023: 123) hervorhebt. Dies ist euphemistische Umschreibung für eine Variante von Angriffskriegen. Ähnlich wie die westlichen Länder – und von Lavrov (2013: 108 f.) in deren Fall beklagt – sucht also die russische Regierung das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen zu umgehen. Der russische Außenpolitikexperte Fjodor Luk’janov (2022: 39) synthetisiert die fakti-

sche gegenwärtige russische Doktrin der internationalen Beziehungen wie folgt: Die internationale Ordnung solle aus russischer Sicht durch eine Pluralität der Werte (und nicht Universalismus) sowie ein Gleichgewicht der Kräfte gekennzeichnet sein. Auch sehe die russische Regierung klassischen militärischen Konflikt als letztes Mittel der Konfliktlösung. Letzteres steht im Widerspruch zum Gewaltverbot der UN-Charta. Die stark militarisierte Konzeption der internationalen Ordnung dürfte im Zusammenhang mit dem relativ stark ausgebauten Militärapparat einerseits und der geringen Hegemoniefähigkeit der sehr ungleichen russischen sozialen Ordnung im Inneren aber auch nach außen stehen (vgl. im Hinblick auf die russische Regionalpolitik Matveev 2022).

Einige semiperiphere Länder mit regionalpolitischen Ambitionen und oftmals sehr hohen Rüstungsausgaben weisen zumindest implizit eine ähnliche Orientierung in der internationalen Politik wie Russland auf. Zu nennen wären hier vor allem die Türkei, die Teile Syriens besetzt hält und immer wieder Militäroperationen im Irak unternimmt, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die militärisch massiv im Jemen eingegriffen haben, oder Marokko, das die West-Sahara annektiert hat. Alle diese Staaten gelten als „pro-westlich“, haben aber vermehrt außenpolitische Autonomiespielräume gewonnen. Auch bei ihnen ist eine mangelnde innere Hegemoniefähigkeit unverkennbar.

Multipolare Ordnung mit friedlicher Koexistenz: Ein Großteil der Länder des Globalen Südens befürwortet eine multipolare Ordnung mit friedlicher Koexistenz. Die chinesische Regierung hat in ihrem jüngsten „Global Security Initiative Concept Paper“ ihre Orientierung auf eine multipolare (nicht bipolare) internationale Ordnung unterstrichen und hierbei die Schlüsselrolle regionaler Organisationen hervorgehoben. Als Grundprinzipien führt das Papier „die Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder“, „die Achtung der Ziele und Prinzipien der UN-Charta“, „die friedliche Beilegung von Differenzen und Konflikten zwischen Ländern über Dialog und Konsultation“ sowie „das Ernstnehmen aller Sicherheitsbesorgnisse aller Länder“ auf (Ministry of Foreign Affairs of the People’s Republic of China 2023). VertreterInnen anderer zentraler Länder des Globalen Südens haben sich in einer ähnlichen Richtung geäußert. So unterstreicht etwas Celso Amorim, früherer brasilianischer Außenminister und jetziger außenpolitische Berater von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, die Orientierung auf Multipolarität, auf ein Streben nach engerer Zusammenarbeit in Lateinamerika und auf die politische Lösung militärischer Konflikte (Amorim 2022). In Lateinamerika läuft die Debatte um die Schaffung einer multipolaren Ordnung und einer eigenständigen Positionierung sowohl gegenüber Washington als auch gegenüber Peking unter dem Schlagwort einer „aktiven Blockfreiheit“ (vgl. Herz/Summa 2023: 30). Tatsächlich knüpfen die Prinzipien der Multipolarität und friedlichen Koexistenz an die Konzeptionen der Blockfreien-Bewegung an, die sich im Kontext der Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Zentren und dem staatssozialistischen, von der Sowjetunion geführten Lager eigenständig zu positionieren versuchte. In den 1970er Jahren setzte die Blockfreien-Bewegung die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf die Tagesordnung und forderte damit das westliche weltwirtschaftliche Normsetzungsmonopol heraus (vgl. Tetzlaff 1982). Darin ist eine Parallele zur heutigen Konstellation zu sehen. Eine Parallele besteht auch in der Unzufriedenheit mit der bestehenden Wirtschaftsordnung. Bei Abstimmungen in der UNO zu Fragen der Entwicklung und des internationalen Handels gab es beispielsweise 2021/22 fast

keine Übereinstimmung zwischen den USA und den Staaten des subsaharischen Afrika (vgl. Panin 2023: 57 f., 66 ff.).

Im Hinblick auf die Frage Multi- oder Unipolarität der internationalen Ordnung sind die westlichen und russischen Positionen im Konflikt, sie stimmen hingegen darin überein, zumindest für sich den Anspruch auf militärische Interessendurchsetzung zu erheben. Mit Russland teilen viele Länder des Globalen Südens zwar die grundsätzliche Orientierung auf Multipolarität, aber unterscheiden sich von der russischen Konzeption grundsätzlich in der Frage der Form der Multipolarität. Im Gegensatz zu Russland ist die große Mehrheit der Länder grundsätzlich gegen die militärische Lösung zwischenstaatlicher Konflikte und für eine friedliche Koexistenz.

Hintergrund zum Konflikt und Krieg um die Ukraine

Die US-Regierungen haben seit Ende der 1980er Jahre konsequent aus einer unipolaren Perspektive heraus gehandelt, während sich die russische Position von Multipolarität plus militärischem Interventionismus erst im Laufe der Zeit und im zunehmenden Konflikt mit der US-Politik entwickelt hat.

Die Frage der NATO-Osterweiterung kam mit der Osterweiterung der Bundesrepublik Deutschland, also der deutschen Vereinigung, unmittelbar auf die Tagesordnung der Verhandlungen zwischen der USA und auch anderen westlichen Ländern (speziell der BRD) einerseits und der Sowjetunion andererseits. Auch wenn in den Verhandlungen ein Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung zeitweise Gesprächsgegenstand war, so vermied die damalige US-Regierung jedoch jede vertragliche Festlegung (gut dokumentiert in Sarotte 2021, v.a. 56 ff., 103 f.). Das galt auch für die Verhandlungen mit den nachfolgenden russischen Regierungen. Im Folgenden erfolgte schrittweise eine NATO-Osterweiterung. Diese war im außenpolitischen Establishment der USA nicht unumstritten. Von Anfang an warnten gewichtige Stimmen vor dem Konfliktpotential dieser Strategie. Als potenziell besonders konfliktträchtiger Fall für die NATO-Osterweiterung galt die Ukraine (vgl. Sarotte 2021). In einem Teil der westeuropäischen Länder, vor allem Deutschland und Frankreich, gab es durchaus Bestrebungen zu einer autonomen Außen- und Sicherheitspolitik – auch im Rahmen der EU. Konkret setzte sich speziell die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien zu Beginn der 1990er Jahre von der US-Politik ab (vgl. Gowan 2023b, hier speziell S. 112 ff.). Zu durchschlagskräftigen Initiativen für eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung, die Russland eingeschlossen hätte, kam es jedoch nicht. Dies hätte eine offene Herausforderung Washington dargestellt. Hierfür gab es in Deutschland keinen ausreichend breiten Konsens und, wie Gowan (2023a: 92) hervorhebt, keine ausreichende Unterstützung für eine solche deutsche Linie unter den EU-Staaten.

Die zentralosteuropäischen Länder wollten überwiegend rasch einer sich nach Osten erweiternden NATO beitreten. Einige westliche Länder, die entgegen den Wünschen der US-Regierung (Radić Đozić 2022: 61 f.) die Energiebeziehungen mit der Sowjetunion und entsprechende Pipelines aufgebaut hatten, sahen das Ende des Systemkonflikts als Chance, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Russland (vor allem im Energiebereich) auszubauen und ein kooperatives Verhältnis zu Russland zu schaffen. Allerdings

versäumten sie es, eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die Russland eingeschlossen hätte.

Das Ende des Staatssozialismus ging mit dem Zerfall der Sowjetunion einher. Eine zentrale Rolle in der Desintegration spielte eine Allianz aus technokratischen Kadern, neoliberalen ÖkonomInnen, Betriebsdirektoren und der liberalen Intelligentsia um Boris Jelzin in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), die sowohl auf eine rasche kapitalistische Transformation drängte als auch die ökonomische Last der ärmeren Sowjetrepubliken loswerden wollte. Auch ging es um die Kontrolle des Übergangs- und Privatisierungsprozesses (vgl. Jaitner 2021: 19 f., Zubok 2021: 357 ff.). Auch in anderen Sowjetrepubliken, darunter auch der Ukraine, war ein zentrales Motiv hinter der Loslösung von der Sowjetunion, die Kontrolle über den Transformationsprozess und die Neuformierung der Eigentumsverhältnisse zu gewinnen. Hierin bestand letztlich das konsensuale Element der wirtschaftsnationalistischen Kräfte der sich neu formierenden Machtblöcke. Sie verständigten sich auch auf die Anerkennung der bisherigen Republikgrenzen als neue Staatsgrenzen. Das galt auch für die Russische Föderation, obgleich es dort von Beginn an kritische Stimmen zu dieser Form der Demarkierung der russisch-ukrainischen Grenze gab (vgl. Zubok 2021: 324 ff., 401). Die russische Regierung strebte von Beginn an eine politisch und ökonomisch dominante Rolle im post-sowjetischen Raum an. Entsprechend des stark auf Öl- und Gasexport beruhenden russischen Akkumulationsmodells ging es dabei ökonomisch nicht zuletzt um die Kontrolle der Energieinfrastrukturen (vgl. Endeweld 2022). Die russische Dominanz war anfänglich nicht in Frage gestellt. Die russischen Bemühungen neue Integrationsstrukturen im post-sowjetischen Raum zu schaffen hatten allerdings nur sehr begrenzt konkrete Resultate. Während der Präsidentschaft Jelzins in den 1990er Jahren, aber auch noch in den ersten Regierungsjahren seines Nachfolgers, Vladimir Putin, zeigte die russische Außenpolitik eine grundsätzlich pro-westliche Orientierung. Allerdings gab es deutliche Vorbehalte gegen die unipolare Ausrichtung der US-Politik. In der Ablehnung des US-geführten Krieges gegen den Irak im Jahr 2003 stimmte die russische Regierung mit den damaligen Regierungen Deutschlands und Frankreichs überein. Dies war wohl der Moment der größten politischen Annäherungen zwischen der Regierung Russlands und westeuropäischer Kernstaaten.

Diese Form der politischen Annäherung wie auch die vertieften Energiebeziehungen zwischen Russland und einzelnen westeuropäischen Ländern liefen den US-Interessen entgegen. Die US-Regierungen verschärfen in den 2000er Jahren ihren Kurs gegenüber Russland im Allgemeinen und im postsowjetischen Raum im Besonderen. Seit 2002 haben die US-Regierungen systematisch die Rüstungskontrollverträge, die speziell für Europa von besonderer Bedeutung waren, gekündigt (Thielike 2022: 49). 2008 setzten sie die Aufnahme der Ukraine und Georgiens auf die NATO-Tagesordnung, die unmittelbare Aufnahme wurde allerdings damals von Deutschland und Frankreich, die eine Verschärfung der Spannungen in der Region befürchteten, verhindert. Damals unterstützten nur etwas 20 % der ukrainischen Bevölkerung einen NATO-Beitritt, wie Ishchenko (2023: 266) aufzeigt. Die Bevölkerung zeigte sich auch in den Folgejahren entlang der Linien der Klassenzugehörigkeit, regionaler und nationaler Identitäten gespalten.

Die USA verfolgten eine Politik der von außen unterstützten Regimewechsel. In Ländern wie der Ukraine, Moldawien und Georgien differenzierten sich die großen Kapital- oder Oligarchengruppen auch in geopolitisch unterschiedlich orientierte Frak-

tionen auf (vgl. Becker 2006). Damit waren für externe Interessen – der USA, Russlands, Deutschlands – leichte Anknüpfungspunkte für politische Einflussnahme gegeben (vgl. z.B. Yurchenko 2018: 128 ff.). Allein in der Ukraine hatten die USA nach Angaben der damaligen US-Unterstaatssekretärin im Außenministerium Victoria Nuland im Jahr 2013 seit 1991 5 Mrd. US\$ in die „Demokratie“-Förderung investiert (n. Sakwa 2016: 86). Eine erste Welle sozialer Proteste, bei denen sich soziale Unzufriedenheit, Wahlfälschungsvorwürfe, Unmut über autoritäre Tendenzen und oft auch Konflikte über die außenpolitische Orientierung (auf den Westen oder multivektoral auf gute Beziehungen mit Russland und dem Westen) kulminierte zwischen 2003 und 2005 in ersten Welle von Regimewechseln in Georgien, Kirgizistan und der Ukraine. Diese wurden von westlichen Ländern, speziell der USA, in vielfältiger Weise unterstützt (vgl. Radvanyi 2023: 137). Zumindest für den Fall Georgiens war die US-Unterstützung ausschlagend, dass der „pro-westliche Micheil Saak’ashvili“ die Regierung übernehmen konnte, wie der Historiker Fabio Bettanin (2022: 56) hervorhebt. Bereits damals wurde deutlich, dass das durch große soziale Ungleichheiten geprägte russische Gesellschaftsmodell nicht nur im Inneren nicht wirklich hegemoniefähig war, sondern auch keine regionale Ausstrahlung entfaltete. Dies wurde in den Folgejahren noch deutlicher und setzte den regionalen Ambitionen der russischen Regierung sichtbar Grenzen (vgl. Matveev 2022, Colin Lebed 2022: 154).

Die russische Regierung sah in den Umstürzen verkürzt allein von außen gelenkte Regimewechsel. Ihre prowestliche Politik sah sie, vor allem seitens der USA, nicht gewürdigt. Daraufhin wandte sich die russische Regierung von der pro-westlichen Außenpolitik ab und intensivierte ihre Beziehungen mit anderen Staaten, vor allem zu China (vgl. Luk’janov 2015). Im post-sowjetischen Raum ergriff die russische Regierung systematischere Schritte, um eine Eurasische Wirtschaftsunion zu schaffen. Die EU suchte ihrerseits ihre Einflussphäre über die Unterzeichnung von Assoziationsabkommen mit post-sowjetischen Staaten auszudehnen. Diese waren so konzipiert, dass sie die potenziellen Assoziationspartner vor eine harte Wahl zwischen Brüssel und Moskau stellten. Die Ukraine verlor über den Konflikt um das Assoziationsabkommen die äußere und innere Balance (vgl. Becker 2014, Plank 2014). Heftige soziale Proteste führten Anfang 2014 letztlich zum Sturz der eher multivektoral zwischen dem Westen und Russland lavierenden Regierung Janukovyč und zur Installierung einer pro-westlichen Regierung. Die pro-westlichen Kräfte hatten die sichtbare Unterstützung westlicher Länder (vgl. z.B. Sakwa 2016). Die Regierung Putins reagierte taktisch militärisch – allerdings ohne klares strategisches politisches Konzept (vgl. Matveev 2022). Russland übernahm die militärische Kontrolle über die Krim, betrieb deren Abtrennung von der Ukraine und Eingliederung in Russland. Zudem kam es in Reaktion auf den Regimewechsel im Osten der Ukraine, speziell im Donbass, zu einer sich militarisierenden Protestbewegung. Diese wurde letztlich auch aus Russland unterstützt (vgl. Segert 2023: 8).

Zwar wurden in den Minsker Abkommen, die unter Vermittlung Deutschlands und Frankreichs zustande gekommen waren, ein Waffenstillstand und ein Grundkonzept für die Reintegration des Donbass (mit Autonomieregelungen) vereinbart. Bei der Umsetzung der politischen Lösung für den Donbass nahm die ukrainische Regierung eine blockierende Haltung ein (vgl. Radvanyi 2023: 47 ff.) – und wurde auch von ihren westlichen Verbündeten nicht zu einer konstruktiveren Haltung gedrängt. Auf keiner Seite hat es nach 2014 eine ernsthafte Politik der Deeskalation des Konfliktes gegeben.

Die westliche Politik nahm gegenüber Russland einen zunehmend konfrontativen Charakter ein, auch die deutsche Politik verabschiedete sich vom Konzept des „Wandels durch Verflechtung“ (Bettanin 2022: 136) und schwenkte zunehmend auf die US-Linie ein. Die Ukraine rüstete einerseits rasch auf und intensivierte ihre Zusammenarbeit mit der NATO (Anderson 2023: 31 f.) und restrukturierte andererseits ihre Wirtschaftsbeziehungen, gerade auch im Energiesektor (einschließlich des sensiblen Sektors der Atomenergie), Richtung Westen (vgl. Endeweld 2022). In Russland hingegen gewannen Kräfte, die verstärkt auf Stärkung der Binnenwirtschaft und die Gewinnung von strategischer Autonomie auch im ökonomischen Sinne setzten, an Bedeutung (vgl. Teurtrie 2021, speziell Kap. 4 & 5). In beiden Fällen, der Ukraine und Russland, führte die erste Runde militärischer Konfliktaustragung zu einer Verstärkung nationalistischer Tendenzen – Ethnonationalismus in der Ukraine und einem imperialen Nationalismus in Russland, der auch zunehmend den Konsens über die Grenzziehungen von 1991 in Frage stellte (z.B. Treťjakov 2021: 41). Der imperiale Nationalismus in Russland ist auch mit handfesten materiellen Interessen verbunden. Kräfte dieses Lagers haben sich für den Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 entschieden. Der Krieg hat mehrere Dimensionen. Einerseits hängt er mit dem Ringen um Einflusszonen zwischen der NATO/EU und Russland um Einflusszonen im postsowjetischen Raum zusammen und andererseits ist er ein – um drei Jahrzehnte verzögerter – Desintegrationskonflikt. Beide Dimensionen sind in schrecklicher Weise miteinander verbunden.

Konturen westlicher Sanktionen gegen Russland

Analytisch können verschiedene Typen von Sanktionen identifiziert werden. Für den konkreten Fall der Sanktionen gegen Russland sind potenziell zwei Typen relevant: friedens- und geopolitische Sanktionen. Erstere zielen eng auf eine Verminderung der Kriegsführungskapazität eines Landes. Sie verbieten den Export von Waffen sowie rüstungsrelevanten Hightech-Gütern und beinhalten Finanzsanktionen, welche die Kriegsfinanzierung im engen Sinne betreffen (Kreditaufnahmen des Staates und von Rüstungsbetrieben). Bereits mit ihrer Verabschiedung wurde angekündigt, dass die Sanktionen mit einer Beendigung des militärischen Konflikts auslaufen. Geopolitische Sanktionen zielen auf die umfassende Schwächung des Zielstaates und seine Ausschaltung als internationalem Akteur. Sie sind sehr umfassend angelegt und haben auch kein vorangekündigtes Ablaufdatum. Daher beinhalten sie auch keinen Anreiz zur Kriegsbeendigung (vgl. Becker 2022).

Bereits die diskursive Rahmung der Sanktionen durch hochrangige VertreterInnen westlicher Regierungen lässt deren geopolitische Ausrichtung erkennen. So verglich der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire die ins Auge gefassten Finanzsanktionen mit einer „finanziellen Atomwaffe“ (zit. in Didier 2022). Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock gab im Februar 2022 als Ziel des Sanktionspaktes an: „Dies wird Russland ruinieren“ (zit. in Kunesch 2022). Das ist eindeutig die Sprache des Wirtschaftskrieges.

Der Beginn der US-Sanktionen gegen Russland liegt bereits vor der ersten militärischen Eskalation des Konfliktes um die Ukraine. Schon im Jahr 2013 verhängten die

USA erste, noch sehr begrenzte Sanktionen gegen Russland (Bettanin 2022: 131). Die zweite Sanktionsphase leiteten die westlichen Länder nach der russischen Annexion der Krim und dem Beginn des militärischen Konflikts im Donbass ein. Diese Sanktionen betrafen ausgewählte russische Banken, bestimmte Hightech-Exporte nach Russland (z.B. Spezialausrüstungen für die Gas- bzw. Ölförderung), ausgewählte Firmen und Einzelpersonen (vgl. Sakwa 2016: 187 ff.). Eine dritte Phase der westlichen Sanktionspolitik wurde nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 in Gang gesetzt. Diesmal sind die Sanktionen sehr umfassend. Sie zielen auf Kernbereiche der russischen Wirtschaft: internationale Finanzbeziehungen, russische Hightech-Importe und Energieexporte (vgl. die Ex-Ante-Studie von Astrov et al. 2022).

Finanzsanktionen: Sie sind sehr umfassend (vgl. Becker 2023: 56 f.). Bereits am 27. Februar 2022 verhängten die westlichen Regierungen ein Verbot für Finanztransaktionen mit der russischen Zentralbank (wie auch dem russischen Finanzministerium und verschiedenen staatlichen Firmen) und froren deren Aktiva in westlichen Ländern ein. Laut des russischen Finanzministers verlor Russland den Zugriff auf 300 Mrd. US\$, was 47 % der damaligen russischen Devisenreserven entsprach (laut Astrov 2022: 7). Die westlichen Länder schlossen sukzessive zentrale russische Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT aus. Die Gazprom Bank, die bei der Abwicklung des Energiehandels von zentraler Bedeutung ist, wurde ausgenommen. Der SWIFT-Ausschluss Russlands hat auch Wirkungen auf Drittstaaten. Alternative internationale Zahlungssysteme, wie das chinesische CIPS- oder das russische SPFS-System, sind noch in ihrem Anfangsstadium.

Hightech-Sanktionen: Die westlichen Staaten haben für ein breites Spektrum an Hightech-Gütern, das von Dual-Use- und IT-Gütern bis zu Spezialgeräten für die Öl- und Gasförderung reicht, Exportverbote verhängt. Die Liste wird beständig verlängert (vgl. Becker 2023: 57). Im Juni 2023 schuf die EU zudem die Möglichkeit, die Exportsanktionen auf Firmen aus Drittstaaten, die als Sanktionsbrecher gelten, auszuweiten (Gutschker 2023: 4). Dies läuft auf die extra-territoriale Anwendung von Sanktionen hinaus.

Energiesanktionen: Die westlichen Energiesanktionen sind nicht einheitlich. Hier machten die USA, die allerdings selbst nicht im relevanten Umfang Energie aus Russland importieren, den Anfang. Die EU ging differenziert entsprechend den unterschiedlichen Abhängigkeiten und Interessenlagen ihrer Mitglieder vor. So beinhalten beispielsweise die Ölsanktionen Ausnahmen. Beispielsweise wurden Bulgarien, Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik Ölimporte über Pipelines zugestanden. Angesichts zeitweilig sanktions- und spekulationsbedingt stark steigender Ölpreise (und russischer Öleinnahmen) verabschiedete die EU eine Preisobergrenze von 60 US\$ pro Barrel der russischen Marke Ural-Öl für Transport und Schiffsversicherung. Hierbei setzt die EU bei der Durchsetzung auf die starke Dominanz britischer Versicherungen auf diesem Versicherungsteilmarkt. Auch diese Maßnahme betrifft Drittstaaten. Mehrere EU-Staaten stoppten zudem die Gasimporte aus Russland oder verminderten diese zumindest stark. Außerdem verabschiedete die EU einen komplizierten Mechanismus für eine Obergrenze bei Gaspreisen auf dem Spotmarkt (vgl. Becker 2023: 57). Sanktionen im Hightech-Sektor Atomenergie hat die EU diskutiert, aber nicht verabschiedet.

Andere Sanktionen: Es gibt auch noch weitere Sanktionen, die sich teils auch gegen spezifische Firmen oder Einzelpersonen richten. In einigen Fällen komplizieren sie den

russischen Außenhandel (vgl. European Council 2023, Becker 2023: 58 f.). Auch diese Sanktionen haben z.T. Auswirkungen auf Drittländer.

Die westlichen Länder haben die Sanktionen einseitig verhängt. Weder sie noch die Ukraine, die sehr nachdrücklich für Sanktionen eintritt, haben versucht, einschlägige Beschlüsse in der UNO zu erreichen. Verbindliche Sanktionen könnte nur der UNO-Sicherheitsrat verabschieden, wo Russland über eine Vetomacht verfügt. Aber die westlichen Länder bzw. die Ukraine haben die Sanktionen auch nicht in der Generalversammlung eingebracht. Der Grund ist wohl, dass sie dort keine Mehrheit erwarten können. Damit haben die Sanktionen auch politisch kein starkes internationales Mandat.

Rationalitäten hinter den Sanktionen in den Ländern des Nordens

Die USA sind global das Land, das am stärksten Sanktionen zur Verfolgung der geo-ökonomischer und geo-politischer Ziele einsetzt (vgl. Krilakha et al. 2021, Richard/Robert 2022). Im Fall Russlands decken sich die geopolitischen und unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der dominanten Kräfte in den USA. Wie aus den außenpolitischen Dokumenten der US-Regierung hervorgeht (z.B. The White House 2022: 26) ist die strategische Schwächung Russlands das Ziel der US-Regierung. Für die USA ist Russland ein eher marginaler Wirtschaftspartner. Der Anteil Russlands am US-Außenhandel belief 2021 sich gerade einmal auf 0,8 %. Hauptimportprodukt waren Schweröl- und andere Ölprodukte sowie Palladium. Im Bereich von Ölprodukten machten die Einfuhren aus Russland nur 8 % des Imports dieser Importgruppe aus (Congressional Research Service 2023). Im Bereich des Gasexports sind die USA mit der Erschließung der ökologisch besonders schädlichen Schiefergasproduktion zum direkten Konkurrenten Russlands geworden. 2016 begannen sie mit dem Flüssiggasexport nach Europa (Teurtrie 2016: 69). Mit der Sanktionspolitik haben sich westeuropäische Länder auf den Gasimport aus den USA und zumindest partiell mit den USA liierter Staaten reorientiert. Der Ausbau des Energieimports westeuropäischer Staaten aus der Sowjetunion und später Russlands war den USA aus geopolitischen und ökonomischen Gründen seit den 1970er Jahren ein Dorn im Auge. In den letzten Jahren hatte sich dieser Konflikt auf den Bau der Pipeline Nordstream 2, gegen welche die USA bereits im November 2019 Sanktionen verhängt hatten, konzentriert (vgl. Teurtrie 2021: 71 ff.). Diese Pipeline ist nach einem Anschlag nicht mehr betriebsfähig. Der europäische Energieimport aus Russland ist sehr stark reduziert worden. Damit haben die USA auch ein geopolitisches Ziel gegenüber bislang etwas stärker autonom agierenden EU-Ländern erreicht. Sie sind jetzt energiepolitisch stärker den USA untergeordnet. Ökonomisch haben US-Energiekonzerne von den zeitweilig stark gestiegenen Preisen profitiert.

Die EU und ihre Mitgliedsländer haben die Sanktionen aus geopolitischen Gründen aktiv betrieben (vgl. Becker 2023), obgleich es im ungarischen Fall erkennbare Vorbehalte gibt (vgl. z.B. Löwenstein 2023: 8, Balázs 2023, Maté 2023: 3 und allgemeiner zum Hintergrund Sz. Bíró 2019: 145 ff.). Im Hinblick auf die unipolare Orientierung der US-Politik gibt es innerhalb der EU leichte Nuancierungen in der Positionierung. EU-Länder mit begrenzten Autonomie-Ambitionen wie Deutschland sind – auch durch

die stärker US-orientierte Energieabhängigkeiten – verstärkt den USA untergeordnet (vgl. Streeck 2023). Ökonomisch sind EU-Länder stärker als die USA durch die westliche Sanktionspolitik (und russische Gegenmaßnahmen) betroffen. Russland ist für die EU als Bezugsland denn als Exportmarkt. Am Warenaußenhandel der EU hatte Russland 2021 einen Anteil von 5,8 % (European Commission 2022). Hierbei überwogen die Importe mit einem Anteil an der Gesamteinfuhr von 7,5 % über die Exporte mit einem Anteil 4,5 % an der Gesamtausfuhr (Eurostat 2022). Im Vordergrund standen hierbei importseitig Energielieferungen aus Russland. Die ehemals staatssozialistischen Länder Zentralosteuropas reduzierten zwar nach 1989 stark ihre Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion/Russland, blieben über die Pipelineverbindungen dennoch energetisch stark von Russland abhängig. Einige westeuropäische Staaten hatten bereits seit den 1970er Jahren Pipelineverbindungen mit der Sowjetunion aufgebaut. Diese Kooperationen wurden nach 1991 mit Russland weiter ausgebaut. Dementsprechend waren postsozialistische und einzelne westeuropäische Mitgliedsstaaten besonders stark vom Gas- bzw. Ölimport aus Russland abhängig. Bei Gas z.B. 2021 Lettland zu 92 %, Österreich zu 86 % und Bulgarien zu 79 % (Statista 2023a). Bei Öl lagen die Spitzenimportanteile Russlands 2020 bei gut Zweidrittel (Statista 2023b). Durch die Sanktionspolitik wurden die Handelsbeziehungen stark zurückgefahren. Der Warenexport nach Russland ging zwischen Februar 2022 und März 2023 um 50 % zurück, die Einfuhren wurden sogar um 82 % reduziert (Eurostat 2023). Der Anteil Russlands am Gasimport der EU wurde zwischen dem ersten Quartal 2022 und dem ersten Quartal 2023 von 31 % auf 15 % abgebaut, sein Anteil am Ölimport sank deutlich stärker von 30 % auf 6 % (Eurostat 2023).

Die ökonomischen Rückwirkungen der EU-Sanktionspolitik auf die sanktionierenden EU-Länder selbst sind entsprechend der unterschiedlichen Intensitäten der Wirtschaftsbeziehungen und Energieabhängigkeiten unterschiedlich ausgeprägt. Durch die kurzfristige Suche nach Ersatzenergielieferanten trieben die EU-Länder die Spotpreise hoch. Hierbei fiel speziell Deutschland durch seine Größe, Finanzkraft und aggressive Beschaffungspolitik besonders ins Gewicht. Die unterschiedlichen Fähigkeiten, Energie auch zu hohen Preisen zu beschaffen, führten zu Spannungen zwischen den betroffenen Zentrums- und Peripherieländern. Die gestiegenen Energiepreise waren zeitweilig ein wichtiger zusätzlicher Inflationstreiber. Eine Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) zeigt, dass je höher die Energieabhängigkeit von Russland war umso höher auch die Inflationsrate zwischen dem August 2021 und August 2022 ausgefallen ist (Linton-Kubelka/Stöllinger 2022: 15 f.). Auch in anderen Bereichen – wie Nahrungsmittel – verstärkten Krieg und Sanktionspolitik bereits bestehende Preissteigerungstendenzen.

Die Europäische Zentralbank reagierte auf die steigende Inflation und die zunehmend restriktive Politik der US-amerikanischen Federal Reserve mit einer Politik der Zinserhöhungen. Bereits erste Ankündigungen einer veränderten EZB-Politik legte die Verwundbarkeiten von peripheren Eurozonen-Ländern, vor allem Italien, bloß. Auch in dieser Hinsicht sind Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie aktualisiert worden (vgl. Becker 2023: 60 f.).

Dauerhaft höhere fossile Energiepreise im Vergleich speziell zu den USA betreffen besonders das industrielle Kernland der EU – Deutschland. Im Übergang zu einem anderen, weniger fossilen Energiemix sind die deutsche Exportindustrie, aber auch die

von ihr abhängigen Zulieferer in anderen europäischen Staaten (z.B. Österreich, Zentralosteuropa) mit sprunghaft gestiegenen Energiepreisen konfrontiert, was Deindustrialisierungstendenzen beschleunigen dürfte (vgl. Becker 2023: 61). Die energiepolitische Reaktion in Deutschland, aber auch anderen EU-Ländern, war primär durch Erschließung alternativer fossiler Bezugsquellen und die Schaffung einer entsprechenden neuen Infrastruktur, beispielsweise in Form von Flüssiggas-Terminals, gekennzeichnet. Letzteres zementiert Orientierungen auf fossile Energie. Einsparungen im Energieverbrauch sind demgegenüber bei den Maßnahmen sekundär.

Anders als in den USA sind die westlichen Sanktionen zumindest für einige EU-Länder mit beträchtlichen wirtschaftlichen (und sozialen) Kosten verbunden. Sie schwächen die ökonomische Kohäsion in der EU weiter ab. In verschiedenen EU-Ländern stößt die Sanktions- und Waffenlieferungspolitik auf Ablehnung in Teilen der Gesellschaft, wobei sich diese Positionierungen auf parteipolitische Ebene oft (noch) wenig repräsentiert sehen. Die Sanktionspolitik der EU ist klar geopolitisch motiviert.

Positionen im Globalen Süden: Distanz zu Washington und Moskau

Die Länder des Globalen Südens teilen nicht Washingtons Orientierung auf eine unipolare Ordnung. Sie teilen auch nicht die Sichtweisen der wichtigsten Länder des Nordens zur internationalen Wirtschafts- und Handelsordnung. Intellektuelle und PolitikerInnen im Globalen Süden sehen die Reaktionen der Länder des Westens (gleich Nordens) auf den russischen Angriff auf die Ukraine, deren Forderungen nach Waffenlieferungen an die Ukraine und nach Sanktionen gegen Russland primär durch deren Wunsch motiviert, die durch den Norden dominierte internationale Ordnung zu erhalten. So kommentiert beispielsweise das einflussreiche saudische Blatt Al-Riyadh: „Die Position bestimmter Länder sucht nicht die Prinzipien der Freiheit und Demokratie zu verteidigen, sondern ihre Interessen, die mit der bestehenden globalen Ordnung verbunden sind“ (zit. in Gresh 2022: 8).

In ihrer Wahrnehmung der westlichen Politik sind sie durch die frühere westliche Kolonialpolitik und die zahlreichen westlichen Militärinterventionen und vom Westen geförderte bzw. betriebene Staatsstriche der post-kolonialen Zeit geprägt. Hier sehen sie Parallelen zu westlicher Politik im post-sowjetischen Raum, speziell der NATO-Osterweiterung oder auch der Politik westlicher Länder, Regimewechsel im post-sowjetischen Raum zu fördern. So erklärte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa: „Unser Zugang wird auch durch die Analyse der Konfliktgründe geleitet. (...) Das beinhaltet auch eine Sichtweise, die von vielen – führenden Wissenschaftlern, Politikern und auch einigen anderen Leuten in den internationalen Beziehungen – geteilt wird, dass der Krieg hätte vermieden werden können, wenn die NATO auf die Warnungen ihrer eigenen Führer und Funktionäre über die Jahre gehört hätte, dass ihre Expansion nach Osten zu größerer, nicht weniger Instabilität in der Region führen würde“ (zit. in Ferreira 2022). Auch Celso Amorim, der außenpolitische Berater der brasilianischen Staatspräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, erwähnt kritisch die NATO-Osterweiterung als Teil der Vorgeschichte des Konflikts (in Ventura 2023: 9). Die Dimensionen des Krieges, die in der Desintegration der Sowjetunion und dem Anspruch der russischen

Regierung auf eine Dominanzposition im post-sowjetischen Raum Wurzeln haben, spielen hingegen weniger eine Rolle (vgl. mit Bezug auf die lateinamerikanische Debatte Kemner 2022). Die heftigen westlichen Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg sehen BeobachterInnen im Globalen Süden angesichts etwa der US-geführten Invasion in den Irak im Jahr 2003 oder des NATO-Bombardements Serbiens im Jahr 1999 als Ausdruck einer Doppelmoral (vgl. z.B. Dhillon 2022, Robert 2023: 7).

Auch die sowjetische Unterstützung für die Dekolonierungsprozesse spielt eine Rolle. Russland wird als Hauptnachfolgestaat der Sowjetunion gesehen und, wie der russische Außenpolitik-Experte Fjodor Luk'janov (2023) bemerkt, zuweilen auch als eine „Sowjetunion 2.0“. Auch wenn das heutige Russland als Form eines oligarchischen und extraktiven Kapitalismus weit von sowjetischen Verhältnissen entfernt ist, sucht die russische Außenpolitik das sowjetische anti-imperialistische Erbe für ihre heutige Außenpolitik einzuspannen (vgl. z.B. Bogdanov 2022, Luk'janov 2023). Das trifft durchaus auf Resonanz. Viele afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Staaten wollten sich, so Jean Radvanyi (2023: 49) „nicht gegen einen Staat positionieren, der sie während der Entkolonisierung oder ihrer späteren wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt hat.“

In der Orientierung auf eine multipolare Ordnung gibt es Übereinstimmungen mit der gegenwärtigen russischen Führung, in der Frage militärischer Angriffe und vor allem der russischen Infragestellung der territorialen Integrität des Nachbarstaates hingegen nicht. Im Abstimmungsverhalten in der UNO und öffentlichen Äußerungen von SpitzenpolitikerInnen verschiedener Länder lassen sich deutliche Unterschiede erkennen. So gibt es explizite Verurteilungen des russischen Angriffs, teils eher allgemeine Verweise auf das internationale Recht und die UNO-Charta. So weist der brasilianische Präsidentenberater Celso Amorim zwar kritisch auf die NATO-Osterweiterung als Teil der Vorgeschichte des Konfliktes hin, fügt dann aber an, „aber das kann die militärische Intervention eines Landes durch ein anderes nicht rechtfertigen“ (zit. in Ventura 2023: 9). Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa sagt eher allgemein: „Wir können ... nicht die die Gewaltanwendung oder die Verletzung des internationalen Rechtes entschuldigen“ (zit. in Ferreira 2022). Der damalige chinesische Außenminister Wang Yi erklärte 2022, dass die territoriale Integrität eine Norm der internationalen Beziehungen sei, die in der UN-Charta verankert sei, und dass dieses Prinzip auch für die Ukraine gelte (zit. in Ríos 2022: 70). Der russische Außenpolitikexperte Ivan Loškarjov (2022) räumt ein, dass für die afrikanischen Staaten die Frage der territorialen Integrität von besonderer Wichtigkeit und Sensibilität ist. Das spiegelt sich übrigens auch in deren Abstimmungsverhalten zu Resolutionen, die auf den Krieg in der Ukraine bezogen waren, wider (vgl. Panin 2023: 26, Tab. 3).

Der Dissens mit den Ländern des globalen Nordens betrifft auch das Mittel der Sanktionen. Nicht das Mittel der Sanktionen per se, sondern deren einseitiger Einsatz trifft im Globalen Süden auf starke Vorbehalte. Verbindliche Sanktionen kann nur der UN-Sicherheitsrat verhängen – und hier wären Staaten des Globalen Südens auch eingebunden. Nur ein sehr kleiner Teil der Sanktionen sind durch die UNO verhängt worden. Vor allem Länder des Nordens haben (einseitig) Sanktionen verhängt. 2019 waren die USA allein für 40% der verhängten Sanktionen verantwortlich, ihnen folgte die EU mit einem Anteil von 20%. Seit den frühen 1990er Jahren ist der Anteil der EU an den Sanktionen stark gestiegen (Kirilakha et al. 2021: 16, Ab. 7). Die werden vor allem gegen Länder der (Semi-)Peripherie, speziell in Afrika und verschiedenen Sub-

Regionen Asiens, verhängt (Kirilakha 2021: 10, Abb.3). Als Ziele für die Sanktionen führen die Länder des Nordens vor allem Menschenrechte und Demokratie an, in der Prioritätenliste folgen Regimewechsel. Krieg wird eher selten als Grund genannt (Kirilakha et al. 2021: 12, Abb. 5.). Die Sanktionen folgen keinen klaren Prinzipien, sondern orientieren sich an den jeweilig konjunkturell vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Interessen (vgl. Richard/Robert 2022: 22 f.). Auch fallen deklarierte und reale Interessen zuweilen auseinander. Ein Beispiel hierfür wären die US-Sanktionen gegen China. Die US-Regierung beruft sich auf Menschenrechtsfragen und Sicherheitsbedenken, real geht es bei den Sanktionen jedoch darum, den zentralen geopolitischen Konkurrenten mit außerökonomischen Mitteln ökonomisch niederzuhalten (vgl. Müller 2023: 16 ff.). Im Gegensatz zu anderen Staaten des Südens ist das ökonomische Gewicht Chinas groß genug, um Gegensanktionen zu verhängen. Damit hat die chinesische Regierung inzwischen auch begonnen (Kronauer 2023a: 3).

Die westlichen Sanktionen gegen Russland haben auf den Globalen Süden direkte und indirekte Wirkungen. Direkt wird ihnen, beispielsweise durch die Finanzsanktionen, die Abwicklung wirtschaftlicher Transaktionen stark erschwert. Außerdem drohen ihnen zumindest in bestimmten Fällen Sekundärsanktionen, wenn sie sich nicht an die westlichen Sanktionen anpassen. Wie der Generaldirektor des Russian International Affairs Council (RIAC), Ivan N. Timofeev (2023: 130), eingesteht, sind auch chinesische und indische Institutionen sehr vorsichtig bei der finanziellen Abwicklung von Russland-Geschäften. Darüber hinaus haben die westlichen Sanktionen (und teils in ähnliche Richtung gehend auch der durch Russland initiierte Krieg) auch indirekte Wirkungen, z.B. auf Preise oder die Verfügbarkeit bestimmter Güter.

Die Nebenwirkungen der Sanktionen sind im Globalen Süden sehr ungleich. Unmittelbar am stärksten sowohl durch den Krieg als auch durch die westlichen Sanktionen sind die angrenzenden Staaten des post-sowjetischen Raums betroffen. Bei ihnen sind die Handelsbeziehungen betroffen und teils ist auch der Handelstransit nach Westeuropa deutlich erschwert (vgl. Becker 2023: 59). Gleichzeitig haben einzelne westliche Firmen Aktivitätsverlagerungen in russische Nachbarländer wie Kazachstan (Sz. Bíró 2023: 220) vorgenommen und gibt es augenscheinlich vermehrt Lieferungen nach Russland über Nachbarstaaten (vgl. Maronta 2023: 181).

Besonders starke Wirkungen hatten die westliche Sanktionspolitik und die damit verbundene Suche nach alternativen Bezugsquellen im Energiebereich. Nicht nur fossile Energiekonzerne, sondern auch öl- und gasproduzierende Länder profitierten von den Preissteigerungen, die durch Sanktionen und die damit verbundenen hektischen Käufe auf den Spot-Märkten sowie Spekulation verbunden waren. Die US-Regierung und europäische Regierungen drängten die OPEC-Länder ihre Produktion auszuweiten, um so den Preisanstieg abzumildern. Die OPEC-Staaten, die mit Russland im sogenannten OPEC+-Format erfolgreich zusammenarbeiten, gaben diesem Druck nicht nach (Becker 2023: 61). Auch einige Staaten des Globalen Südens, die mineralische Rohstoffe produzieren, erzielten höhere Exporteinnahmen, wenngleich die Preisentwicklung oft volatil war (vgl. Gudynas 2022: 24 ff.). Ambivalenter stellt sich die Lage bei Agrarexporturen im Globalen Süden dar. Kriegsbedingte Exportausfälle der Ukraine, aber sanktionsbedingt erschwerter Agrarexport Russlands gaben den Agrarpreisen zusätzlichen Auftrieb. Hiervon profitierten Agrarexporteure auf der Einnahmenseite. Die Sanktionen hatten aber auch Wirkungen auf ihrer Kostenseite. Russland und Belarus

sind zentrale Exporteure von Düngemitteln. Deren Export wird durch die westlichen Sanktionen erschwert. Düngemittelpreise stiegen stark an. Hierdurch gerieten sogar Agrarproduzenten in starken Exportländern, wie Brasilien oder Argentinien, unter Druck (Gudynas 2022: 31 ff.).

Für die meisten Länder des Globalen Südens waren die Wirkungen der durch die Sanktionen beschleunigten Preissteigerungen bei Energie, Dünger und Nahrungsmitteln negativ, zum Teil sogar sehr deutlich. Viele Länder sind hochgradig abhängig vom Import von Öl und Gas. Manche Importeure von Flüssiggas konnten beim verschärften Bieterwettbewerb mit Käufern aus dem Globalen Norden nicht mithalten und mussten Importausfälle hinnehmen. Bei Öl stellte sich die Lage ambivalenter dar. Teilweise konnten Importeure aus dem Globalen Süden bei Importen aus Russland deutliche Preisnachlässe aushandeln (vgl. Becker 2023: 61).

Speziell im Nahen Osten, Nordafrika und, teilweise dem sub-saharischen Afrika, gibt es Länder, die durch ihre kolonial ererbten und post-kolonial zementierten agrarischen Produktionsstrukturen sehr abhängig vom Nahrungsmittelimport sind und gleichzeitig speziell Getreide stark aus der Ukraine und/oder Russland bezogen haben. Sie sind nicht nur durch Preissteigerungen, sondern auch durch Lieferausfälle oder Abwicklungsschwierigkeiten ihrer bisherigen Bezugsländer betroffen (vgl. Kappel 2022). Zwei parallel ausgehandelte Abkommen zum ukrainischen und russischen Nahrungsmittel- und Düngerehandel hatten unter anderem das Ziel, die Probleme dieser Staaten zu mildern. In einem Abkommen, das unter türkischer Vermittlung ausgehandelt wurde, ermöglichte Russland den Nahrungsmittelexport aus ukrainischen Häfen. In einem zweiten Abkommen der Getreideinitiative wurde die Rolle der UNO definiert, „einen ungehinderten Export russischer Nahrungsmittel und russischen Düngers, einschließlich der zu der Produktion von Dünger erforderlichen Rohstoffe, auf die Weltmärkte zu fördern“ (United Nations/Secretary-General 2022). Die EU verhängte zwar keine direkten sektoralen Sanktionen gegen russische Nahrungs- und Düngemittel, erschwerte diese aber über andere Maßnahmen, unter anderem durch Sanktionen gegen auf diesem Gebieten tätige russische Geschäftsleute. Im Dezember 2022 ließ die EU nach kontroversen Diskussionen nach entsprechenden Bitten des UN-Generalsekretärs zwar in Einzelfällen Ausnahmen von diesen Sanktionierungen zu – allerdings nur in einer sehr restriktiven Weise (FAZ 2022a: 2, FAZ 2022b: 2). Im Juli 2023 suspendierte die russische Regierung unter Verweis auf eine mangelnde Umsetzung des Abkommens zum ungehinderten russischen Nahrungs- und Düngemittelexport die Verlängerung des Getreideabkommens zum ukrainischen Export über seine Schwarzmeer-Häfen (vgl. Seidel 2023: 9) und griff die ukrainischen Hafenstädte in den Folgetagen an. Unter anderem die Regierungen Chinas und Südafrikas riefen die russische Regierung nachdrücklich auf, das Getreideabkommen zu verlängern (vgl. Mihm 2023: 17). Diese Aufrufe stießen bei der russischen Regierung nicht auf offene Ohren. Stattdessen bot sie Gratislieferungen an einige afrikanische Länder an. Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa würdigte während des Russland-Afrika-Gipfels in Sankt Petersburg im Juli 2023 diesen Schritt zwar, merkte aber auch an: „Wir möchten, dass das Schwarze Meer für den Weltmarkt geöffnet wird, und wir sind nicht gekommen, um um Spenden für den afrikanischen Kontinent zu bitten“ (zit. in FAZ 2023b: 5). Die Kontroversen um die Getreideabkommen zeigen auch Konfliktlinien über den Umgang mit den ökonomischen Folgen des von Russland begonnenen Krieges in der Ukraine für Drittländer zwischen Russland und Staaten des Globalen Südens auf.

Insgesamt teilen die Länder des Globalen Südens nicht die geopolitischen Konfliktziele der Staaten des Globalen Nordens, die hinter deren Sanktionspolitik stehen, und sind überwiegend negativ von den wirtschaftlichen Kollateraleffekten der Sanktionen betroffen. Von daher ist es wenig überraschend, dass sie das Sanktionsregime des Globalen Nordens gegen Russland nicht unterstützen (vgl. z.B. Gresh 2023: 8). Zudem liegen sie mit den Ländern des Globalen Nordens in der Frage der Konfliktlösung über Kreuz. Regierungen aus dem Global Süden drängen auf eine rasche diplomatische Lösung. So gibt es verschiedene Ansätze, um Kompromiss-Spielräume auszuloten und Gespräche anzubahnen. Konkrete Schritte sind vor allem von den Regierungen Chinas und Brasiliens, aber auch verschiedener afrikanischer Staaten ausgegangen. Regierungen des Globalen Nordens reagierten bislang äußerst skeptisch auf diese Initiativen (vgl. Stahnke 2023: 3, Kersfeld 2023, Lauterbach 2023: 7), auch die russische Regierung zeigte sich eher verhalten (Meissner 2023: 37). Etwas Bewegung hat es jedoch gegeben. Im Juni 2023 lud die ukrainische Regierung zu einem diskreten Treffen über Konturen eines Kompromisses, bei dem außer VertreterInnen westlicher Länder, auch RepräsentantInnen von Schlüsselstaaten aus dem Globalen Süden (Brasilien, Indien, Südafrika, Türkei und Saudi-Arabien) vertreten waren. Der brasilianische Präsidentenberater Celso Amorim machte deutlich, dass die Einbeziehung auch Chinas und Russlands notwendig sei (vgl. Kronauer 2023b: 1).

Schlussfolgerungen

Die unipolaren Ansprüche der USA und das zunehmende Streben der USA, aber auch der EU nach einer Erweiterung ihrer Einflusszone im post-sowjetischen Raum haben in der Region Konflikte angefacht. Sie haben auch zum Aufstieg eines imperial-nationalistischen Lagers in Russland beigetragen, das auf den außenpolitischen Terrainverlust und die fehlende Strahlkraft des eigenen extraktivistischen-oligarchischen Modell in der Region zunehmend mit militärischen Mittel und Druck reagiert hat. Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 gab dem Konflikt um Einflusszonen in der Region eine neue Qualität.

Die Sanktionspolitik und die breitere Strategie der westlichen Staaten gegen Russland sind durch das Bestreben nach einer Restauration der dominanten Position der Staaten des Globalen Nordens in der internationalen Ordnung und einer Ausschaltung Russlands als relevantem internationalen Akteur geprägt. Die massiven Waffenlieferungen und die Vorbereitungen auf einen langen Krieg zielen auf ein langsames Ausbluten Russlands, das diesen Krieg begonnen hat (vgl. Florio 2023: 97). Auch die Sanktionen zielen auf einen wirtschaftlichen Ruin Russlands. Damit sind sie geopolitische und nicht friedenspolitische Sanktionen. Auch scharfe Kritiker des derzeitigen russischen Regimes, wie der ungarische Russlandspezialist Sz. Bíró (2023: 196), erwarten von den westlichen Sanktionen keine Verhaltensänderung der russischen Regierung. Sie würden höchstens den Preis für den Krieg hochtreiben. Ihr Ziel ist, wie aus den Erklärungen westlicher PolitikerInnen hervorgeht, die Ruinierung Russlands. Kurzfristig haben sich nicht die erwarteten ökonomischen Folgen eingestellt. 2022 schrumpfte das russische BIP nach offiziellen Angaben nur um 2,1 % - viel weniger als anfangs von internationa-

len Organisationen erwartet (Sz. Bíró 2023: 179). Die russische Regierung ergriff angesichts der Sanktionen stabilisierende Gegenmaßnahmen, wie die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. Auch gibt es eine rüstungswirtschaftliche Konjunktur. Gleichzeitig sind in einigen stark importabhängigen Industriebranchen starke Probleme aufgetreten (vgl. Sz. Bíró 2023: 198 f.). Die Sanktionen dürften eine systematische Importsubstitutionspolitik erzwingen (vgl. zu den Debatten in Russland Brangsch 2023: 56 ff.), gleichzeitig dürften die Sanktionen im Hightech-Bereich sowohl den Erhalt als auch die Modernisierung des russischen Produktionsapparates erschweren.

Die Länder des Globalen Südens teilen nicht die unipolare Vision der internationalen Ordnung seitens der Länder des Globalen Nordens. Auch die Schwächung der russischen Ökonomie ist nicht ihr Anliegen. Sie sehen zudem unilaterale Sanktionen als Ausdruck einer Machtpolitik des Globalen Nordens. Von daher unterstützen sie die westliche Sanktionspolitik nicht.

Mit Russland verbindet sie zwar das Ziel einer multipolaren Weltordnung. Sie teilen allerdings nicht die russische Sicht, dass zwischenstaatliche Konflikte in letzter Instanz militärisch ausgetragen werden können. Mit ihrer Orientierung auf eine friedliche Koexistenz grenzt sich der Großteil der Staaten des Globalen Südens sowohl vom Globalen Norden als auch von Russland ab. Im Globalen Süden gibt es in deutlichen Abstufungen eine Kritik des russischen Angriffs auf die Ukraine. Insofern sind auch die russischen Beziehungen zum Globalen Süden belastet. Staatliche Initiativen für eine De-Eskalation gehen bislang allein von den Ländern des Südens aus.

Progressive Kräfte in Europa sollten sowohl die Orientierung starker Kräfte im Globalen Süden auf eine multipolare internationale Ordnung mit friedlicher Koexistenz als auch deren Bemühungen um eine Deeskalation des Krieges in der Ukraine unterstützen. Dies heißt eine Distanz sowohl zu Washington als auch zu Moskau und das Zielen auf eine sowohl eigenständigere als auch auf Demilitarisierung setzende Linie der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Kriegs- und Konfliktparteien sind derzeit auf einem Kurs der Eskalation, der beträchtliche Risiken über die unmittelbar vom Krieg betroffene Ukraine hinaus birgt. Die westliche Orientierung auf einen langen Krieg in der Ukraine, um Russland zu schwächen, hat für die Ukraine selbst massive negative Implikationen. Bereits jetzt gibt es massive Kriegszerstörungen, die soziale Lage großer Bevölkerungsgruppen ist sehr schlecht und das BIP ist 2022 um etwa 30 % zurückgegangen (vgl. Florio 2023: 100). Trotz der verhärteten Positionen auf beiden Seiten sind Initiativen zu einer Deeskalation notwendig. So sollte aus einer pragmatischen Sicht auch die westliche Sanktionspolitik in Richtung auf eine friedenspolitische Sanktionspolitik umgewandelt werden. Das hieße, keine weiteren Sanktionen, die Aufhebung einzelner Sanktionen mit besonders negativen Wirkungen auf Drittstaaten und ein angekündigtes Rückfahren der Sanktionen entsprechend einer Deeskalation des Krieges.

Literatur

- Amorim, Celso (2022): América del Sur en la nueva geopolítica global. In: Nueva Sociedad, Nr. 301, 82–92
- Anderson, Grey (2023): Weapons of Power, Matrix of Management. NATO's Hegemonic Formula. In: New Left Review, Nr. 140/141, 5–34
- Astrov, Vasily (2022): Chart of the Month: Russia losing half of its foreign reserves. In: wiiw Monthly Reports – Amended Version. 21 March 2022, 7–8
- Astrov, Vasily et al. (2022): Possible Russian Invasion of Ukraine, Scenarios for Sanctions and likely Economic Impact on Russia, Ukraine and the EU. wiiw Policy Notes and Reports 55. Wien
- Aubin, Lukas (2022): Géopolitique de la Russie. Paris
- Balázs, Péter (2023): Az európai forráskról. In: Élet és irodalom, 13. Januar, 3–4
- Becker, Joachim (2006): Von Oligarchie zu Oligarchie. Zur politischen Ökonomie der „farbigen“ Revolutionen. In: Kurswechsel, Nr. 1, 117–124
- Becker, Joachim (2014): Untergeordnete Integration: das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine. In: Kurswechsel, Nr. 3, 76–82
- Becker, Joachim (2022): Geo- oder friedenspolitische Sanktionen gegen Russland? ÖFSE Aktueller Kommentar, März 2022 (www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-maerz-2022/; 8.5.2023)
- Becker, Joachim (2023): Westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland – Reaktionen und Gegenreaktionen. In: isw (Hg.): Bilanz 2022, Ausblick 2023. Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Krise. isw-wirtschaftsinfo 62. München, 54–63
- Bettanin, Fabio (2022): La Russia, l'Ucraina e la guerra in Europa. Rom
- Bogdanov, Michail (2022): Rasschityvaem, čto rossijskie kompanii prodolžat rabotať v Afrike, nesmotrja na sankcii. Russian International Affairs Council, 29. April (<https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/comments/rasschityvaem-čto-rossijskie-kompanii-prodolžat-rabotat-v-afrike-nesmotrya-na-sanktsii/>; 11.7.2023)
- Brangsch, Lutz (2023): Mobilisierung – Konsolidierung – Umorientierung. Zur aktuellen Entwicklung der Wirtschaft in Russland. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 33(133), 53–62
- Colin Lebed, Anna (2022): Jamais frères? Ukraine et Russie: une tragédie postsoviétique. Paris
- Congressional Research Service (2022): Renewed Power Competition: Implications for Defense – Issues for Congress. Updated March 1, 2022 (<https://csrreports.congress.gov/product/pdf/R/R43838/89>; 8.5.2023)
- Congressional Research Service (2023): Russia's Trade and Investment Role in the Global Economy. Updated January 17, 2023 (<https://csrreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12066>; 12.7.2023)
- Dhillon, Amrit (2022): Absage an Sanktionen. In: Der Freitag, 7. April, 8
- Didier, Raphaël (2022): L'arme nucléaire en finance? In: Blog Alternatives économiques, 28. Februar (<https://blog.alternatives-economiques.fr/didieraphael/2022/02/28/swift-l-arme-nucleaire-en-finance>; 11.4.2022)
- Endeweld, Marc (2022): Guerres cachées. Les dessous du conflit russo-ukrainien. Paris
- European Commission (2022): EU trade relations with Russia. Facts, figures and latest developments. (https://policy.trade.ec.europa.eu/trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/russia_en; 17.7.2023)
- European Council (2023): EU restrictive measures against Russia over Ukraine (since 2014) (www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine; 17.7.2023)
- Eurostat (2022): Archive: Russia-EU – International trade in goods statistics (<https://eu.europa/eurostat/statistics-explained/index.php?oldid=560076>; 17.5.2023)
- Eurostat (2023): EU trade with Russia – latest developments (<https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/SEPDF/cache/104832.pdf>; 17.7.2023)
- FAZ (2022a): EU uneins über Ausnahmen für Oligarchen. In: Frankfurter Allgemeine, 16. Februar, 2
- FAZ (2022b): Vier Sender verboten. In: Frankfurter Allgemeine, 17. Oktober, 2
- FAZ (2023a): Scholz wirbt für „geopolitische“ und reformbereite EU. In: Frankfurter Allgemeine, 9. Mai, 1
- FAZ (2023b): Ramaphosa will „keine Spenden“. In: Frankfurter Allgemeine, 31. Juli, 5
- Ferreira, Emsie (2022): Ramaphosa condemns war, but not Russia specifically. In: Mail and Guardian, 17. März (<https://mg.co.za/news/2022-03-17-ramaphosa-condemns-war-but-not-russia-specifically/>; 13.4.2022)
- Florio, John (2023): Geopolitica como relazione (apologia di Diodoto). In: Limes, Nr. 5/2023, 95–105
- Gowan, Peter (2023a): The Enlargement of NATO and the EU. In: Anderson, Grey (Hg.): Natopolitanism. The Atlantic Alliance since the Cold War. London/New York, 74–96
- Gowan, Peter (2023b): The NATO Powers and the Balkan Tragedy. In: Anderson, Grey (Hg.): Natopolitanism. The Atlantic Alliance since the Cold War. London/New York, 99–126

- Gresh, Alain (2022): Quand le Sud refuse de s'aligner sur l'Occident en Ukraine. In: *Le Monde diplomatique*, 69(818), 1, 8
- Gudynas, Eduardo (2022): Muy lejos está cerca. Los efectos de la guerra en Ucrania sobre el comercio global, energía y recursos naturales latinoamericanos. Lima
- Gutschker, Thomas (2023): Mit einem etwas schärferen Schwert gegen Umgehungen. In: *Frankfurter Allgemeine*, 22. Juni, 4
- Herz, Monica/Summa, Giancarlo (2023): América Latina y la caja de Pandora del unilateralismo de las grandes potencias. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 305, 17–32
- Ishchenko, Volodymyr (2023): NATO through Ukrainian Eyes. In: Anderson, Grey (Hg.): *Natopolitanism. The Atlantic Alliance and the Cold War*. London/New York, 263–273
- Jaitner, Felix (2020): Der verdrängte Jahrestag. Die Auflösung der Sowjetunion und die Entstehung des postsowjetischen Krisenraums. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 15–23
- Jaitner, Felix (i.E.): *Öl & Gas: Russlands Entwicklungsmodell. Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus zum Ressourcenextraktivismus*. Hamburg
- Kappel, Robert (2022): Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die afrikanischen Nahrungsmittelkrisen. *ÖFSE Aktueller Kommentar*, September 2022 (www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-september-2022; 7.5.2023)
- Kemner, Jochen, Hg. (2022): *La guerra en Ucrania. Miradas desde América Latina*. Guadalajara
- Kersfeld, Daniel (2023): Lula, Ucrania y un G 20 para la paz. In: *Pagina12*, 12. April (www.pagina12.com.ar/542792-lula-ucrania-y-un-g-20-para-la-paz; 23.4.2023)
- Kirilakha, Aleksandra/Felbermayr, Gabriel/Syropoulos, Constantinos/Yalcin, Erdal/Yotov, Yoto (2021): *The Global Sanctions Database: An Update that Includes the Years of the Trump Presidency*. Drexel Economics Working Paper Series WP 2021-10
- Konkov, Alexander E. (2023): Rules for a Game without Rules. In *Search of a Foreign-Policy Breakthrough*. In: *Russia in Global Affairs*, 21(3), 114–126
- Kronauer, Jörg (2023a): In der Sanktionsfalle. In: *junge Welt*, 11. Juli, 3
- Kronauer, Jörg (2023b): Hinterzimmer steht offen. In: *junge Welt*, 27. Juni, 1
- Kunesch, Tanja (2022): Das wird Russland ruinieren. USA, EU und Großbritannien sanktionieren Putin und Lawrow. In: *Tagesspiegel*, 25. Februar (www.tagesspiegel.de/politik/usa-eu-grossbritannien-sanktionieren-putin-und-lawrow/6853867.html; 8.5.2023)
- Lauterbach, Reinhard (2023): Westen hat kein Interesse an Frieden. In: *junge Welt*, 20. Juni, 7
- Lavrov, Sergei V. (2023): Genuine Multilateralism and Diplomacy vs. the “Rules-Based Order”. In: *Russia in Global Affairs*, 21(3), 104–113
- Linton-Kubelka, Esther/Stöllinger, Roman (2022): Russian energy dependence and European inflation. In: *wiiw Monthly Report*, December 2022, 12–18
- Loškarjov, Ivan (2022): Reakcija stran Afriki na specijalnuju voenniju operaciju na Ukraine. *Russian International Affairs Council*, 22. April (<https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/reaktsiya-stran-afriki-na-spetsialnuyu-voennuyu-operatsiyu-na-ukraine/>; 11.7.2023)
- Löwenstein, Stephan (2023): Orbán im Friedenslager. In: *Frankfurter Allgemeine*, 24. Februar, 8
- Luk'janov, Fjodor, Hg. (2015): *Rossija v globalnoj politike. Novyje pravila igry bez pravil*. Moskau
- Luk'janov, Fjodor (2022): Un “vecchio pensiero” per il nostro paese e per tutto il mondo. In: *Limes*, 4/2022, 35–40
- Luk'janov, Fjodor (2023): Nazad k sovetskim tradicijam. S čem Rossija idjet v Afriku? *Russian International Affairs Council*, 1. Juni (<https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/comments/nazad-k-sovetskim-traditsijam-s-chem-rossiya-idet-v-afriku>; 11.7.2023)
- Maronta, Fabrizio (2023): Se Mosca cadrà non sarà per l'embargo. In: *Limes*, 6/2023, 175–184
- Maté, Patrik (2023): A háborúnak nem lehet győztese. In: *Magyar Nemzet*, 6. Mai, 3
- Matveev, Ilya (2022): Between Political and Economic Imperialism: Russia's Shifting Strategy. In: *Journal of Labor and Society*, 25(2), 198–219
- Meissner, Gerd (2023): Doch nicht so isoliert, wie es der Westen gerne hätte. In: *Der Freitag*, 20. Juli, 7
- Mihm, Andreas (2023): Putin stoppt Getreidehandel. In: *Frankfurter Allgemeine*, 17. Juli, 17
- Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2023): *The Global Security Initiative Concept Paper* (www.mfa.gov.cn/eng/wjbxw/2021302/t20230221_11028348.html; 7.5.2023)
- Müller, Wolfgang (2023): China: neuer Hauptfeind des Westens? Nach 100 Jahren Erniedrigung will das Land der Welt auf Augenhöhe begegnen. Hamburg
- Panin, Nikita (2023): Voting Practices of Sub-Saharan States of Africa at the UN General Assembly: Latest Trends and Underlying Strategies. *RIAC Working Paper 74/2023*. Moskau

- Plank, Christina (2014): Die „inneren“ Dimensionen des Ukraine-Konflikts. In: Kurswechsel, Nr. 3, 83–88
- Radić Đozić, Jelena (2022): Koristenje plinske trgovina između Europske Unije i Ruske Federacije u politici moci. Zagreb
- Radvanyi, Jean (2023): Russie, un vertige de puissance. Une analyse critique et cartographique. Paris
- Richard, Hélène/Robert, Anne-Cécile (2022): Le conflit ukrainien entre sanctions et guerre. In: Le Monde diplomatique, 69(816), 1, 22–23
- Ríos, Xulio (2022): China ante la invasión rusa en Ucrania. In: Nueva Sociedad, Nr. 301, 64–81
- Robert, Anne-Cécile (2023): La guerre en Ukraine vue d'Afrique. In: Le Monde diplomatique, 70(827), 6–7
- Sakwa, Robert (2016): Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands. London
- Sarotte, M.E. (2021): Not One Inch. America, Russia, and the Making of the Post-Cold War Stalemate. New Haven/London
- Segert, Dieter (2023): Die Instabilität der post-sowjetischen Staatenwelt und der Ukraine-Krieg. In: International, Nr. III/2023, 5–8
- Seidel, Eike (2023): Westen lässt hungern. In: junge Welt, 20. Juli, 9
- Seifert, Arne C. (2022): „Regelbasierte internationale Ordnung“ – Des Westens neuer Pakt. In: Seifert, Arne C./Wahl, Achim/Kulow, Karin/Neelsen, John P.: „Regelbasierte internationale Ordnung“ versus post-koloniale Emanzipation – Grenzen und Sackgassen eines globalen Hegemonieprojekts. IIP-Papier 32/2022 (<https://welttrends.de/res/uploads/IIP-Papiere-32.pdf>; 3.7.2023)
- Soltz, Ingar (2023): „American Decline“ oder neuer Frühling US-amerikanischer Globalmacht? Der USA-China-Konflikt, der Ukraine-Krieg und der neue asymmetrische Transatlantizismus. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 33(134), 47–58
- Stahnke, Jochen (2023): Besuch eines alten Bekannten. In: Frankfurter Allgemeine, 15. Mai, 3
- Statista (2023a): Dependence on Russian gas in Europe, by country (www.statista.com/statistics/1201743/russian-gas-dependence-in-europe-by-country/; 17.5.2023)
- Statista (2023b): Dependence on Russian oil in the EU and UK 2020, by country (www.statista.com/statistics/1298031/dependence-on-russian-oil-in-the-eu-and-uk/; 17.5.2023)
- Streeck, Wolfgang (2023): Böses Erwachen: Deutschland nach dem Krieg. In: Das Argument, Nr. 340, 123–138
- Sz. Bíró, Zoltán (2019): Putyin Oroszország. Budapest
- Sz. Bíró, Zoltán (2023): Putyin háborúja. Budapest
- Tetzlaff, Rainer (1982): Perspektiven und Grenzen der Neuen Weltwirtschaftsordnung. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch Dritte Welt. Bd. 1. Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren. Hamburg, 273–291
- Teurtrie, David (2021): Russie. Le retour de la puissance. Paris
- Thielike, Hubert (2022): Sicherheit und Rüstungskontrolle – und die EU? In: Welttrends, 30(186), 47–51
- Timofeev, Ivan N. (2023): Does Russia Have “Black Knights”? In: Russia in Global Affairs, 21(3), 127–132
- Treťjakov, Vitalij (2021): L'Unione Sovietica è morta ma la Russia la tiene in vita. In: Limes, 11/2021, 39–45
- The White House (2022): National Security Strategy. October 2022 (www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022-11/8_November-Combined-PDF-for-upload.pdf; 12.6.2023)
- United Nations/Secretary-General (2022): Note to correspondents on today's agreement. 22 July 2022 ([www.un.org/sg/en/contents/note-to-correspondents/2022/07-22/note-to-correspondents-today's-agreements](http://www.un.org/sg/en/contents/note-to-correspondents/2022/07-22/note-to-correspondents-today's-agreements;); 25.7.2023)
- Ventura, Christophe (2023): En Amérique latine, le non-alignement au service de la paix. In: Le Monde diplomatique, 70(830), 8–9
- Wahl, Peter (2023): Demokratie versus Autokratie? Wie der Wertewesten den Kalten Krieg 2.0 rechtfertigt. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 33(134), 28–37
- Yurchenko, Yuliya (2018): Ukraine and the Empire of Capital. From Marketisation to Armed Conflict. London
- Zubok, Vladislav M. (2021): Collapse. The Fall of the Soviet Union. New Haven/London